Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1294**

19. Wahlperiode 20.03.2018

Antrag

der Abgeordneten Michael Theurer, Reinhard Houben, Thomas Kemmerich, Dr. Martin Neumann, Manfred Todtenhausen, Sandra Weeser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg, Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Dassler, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Karsten Klein, Katharina Kloke, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Wolfgang Kubicki, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Link, Oliver Luksic, Christoph Meyer, Bernd Reuther, Christian Sauter, Frank Schäffler, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Gerald Ulrich und der Fraktion der FDP

Bürokratieabbau umsetzen – Zeitumstellung abschaffen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch das Zeitgesetz vom 25. Juli 1978 wurde im Jahr 1980 die mitteleuropäische Sommerzeit in Deutschland eingeführt. Zur schrittweisen Angleichung der unterschiedlichen Sommerzeitregelungen in der Europäischen Union wurde in der Folge mit verschiedenen Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates der Europäischen Union ein gemeinschaftlicher Rechtsrahmen geschaffen. Mit der EU-Richtlinie 2000/84/EG wurde ab 2002 die Sommerzeit auf unbestimmte Zeit für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlich eingeführt und die Termine für Beginn und Ende der Sommerzeit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union einheitlich jeweils auf den letzten Sonntag im März und den letzten Sonntag im Oktober festgelegt.

Vor dem Hintergrund der Ölkrise von 1973 und ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Folgen sollte mit der Zeitumstellung durch eine bessere Ausnutzung der Tageshelligkeit Energie eingespart werden. Ein Nachweis, dass dieses Ziel systematisch erreicht wurde, steht jedoch laut Bericht des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) weiter aus.

Im Gegenzug wird jedoch Mensch und Tier mit möglichen negativen Gesundheitsfolgen und die Wirtschaft mit überflüssiger Bürokratie konfrontiert. Zahlreiche Petitionen zeugen davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit diesen negativen Auswirkungen nicht arrangieren möchten.

Diese Erkenntnis setzt sich zunehmend auch in der Politik durch. So hat das Europäische Parlament am 8.2.2018 eine grundlegende Reform der Richtlinie zur Sommerzeitregelung befürwortet.

Die Vereinheitlichung der Zeitumstellung in der Europäischen Union sollte vor allem Hindernisse für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Personen beseitigen und so ein reibungsloseres Funktionieren des EU-Binnenmarktes ermöglichen. Der Deutsche Bundestag befürwortet dieses Anliegen weiterhin und verweist darauf, dass diesem Ziel am besten mit einer vollständigen Harmonisierung der Zeitregelung auf europäischer Ebene entsprochen werden kann. Dazu ist die Zeitumstellung abzuschaffen und eine EU-weite ganzjährig geltende Zeitregelung für alle Mitgliedstaaten einzuführen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

der Kommission mitzuteilen, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Abschaffung der EU-weiten verpflichtenden Zeitumstellung wünscht.

Berlin, den 20. März 2018

Christian Lindner und Fraktion